

Zeitschrift: Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen
Herausgeber: Die Kette, Dachverband der privaten therapeutischen Einrichtungen in der Drogenhilfe der Region Basel
Band: - (1989)
Heft: 4

Rubrik: VSD : Verein Schweizerischer Drogenfachleute

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umkehr der Beweislast gefordert

In Rüslikon (ZH) trafen sich am 14. November über 200 in Justiz, Polizei, Verwaltung, Drogen- und Jugendarbeit tätige Personen. Sie liessen sich vom Verein Schweizerischer Drogenfachleute (VSD) über die rechtlichen und gesundheitspolitischen Aspekte einer neuen Drogenpolitik informieren. Am Podiumsgespräch wurde die Forderung nach Umkehr der Beweislast gestellt.

VON MARGRIT BACHL

Strafgerichtspräsident Peter Albrecht, Basel, legte in seinem Referat dar, dass eine wirksame Bekämpfung der Drogenprobleme vom bestehenden Betäubungsmittelgesetz nicht geleistet werde. Im Gegenteil, es herrsche ein "gigantischer Leerlauf" wie bei einer Tinguely-Maschine. Seine These: Die Strafpraxis verschlimmert das Drogenelend und ist insofern mitverantwortlich.

Rückzug der Strafjustiz

Da die Strafjustiz bisher nur ihre Ineffizienz bewiesen habe, solle sie sich partiell zurückziehen, forderte Albrecht. Das bedeute eine teilweise Entkriminalisierung, nämlich Straffreiheit für den Konsum sämtlicher Drogen und gewisser Formen des Kleinhandels, generelle

Reduktion der Strafmasse für den illegalen Drogenhandel und mehr Rechtsstaatlichkeit in Drogenprozessen.

Mehr Bewegung

"Bewegt euch, löst euch von euren harten Positionen und Ideologien, seid Gesprächsbereit", forderte die Psychologin Marie-Louise Ernst, Bern. Nur der Mut, neue Wege zu gehen, helfe aus dem Elend und der Ausweglosigkeit der jetzigen Situation heraus. Sie plädierte für Verhältnismässigkeit im Kampf gegen die Drogen; für eine integrierte Drogenpolitik, die die vielschichtigen Ursachen in Betracht zieht; für die Bereitschaft zu Lernprozessen und für die Schaffung von "Homotopen" in Analogie zu den "Biotopen".

Beweislast umkehren

Am Podium diskutierten Fachleute, wie eine neue Drogenpolitik aussehen sollte. Der Vizedirektor des Bundesamtes für Gesundheitswesen, Bertino Somaini, warnte etwa davor, allein auf eine Gesetzesänderung hinzuwirken. "So viel Zeit haben wir wegen Aids nicht". Das Bundesamt sei bereit, lokale und zielgerichtete Projekte wie Fixerräume zu

unterstützen. Henner Kleinewefers, Oekonomie an der Universität Freiburg, zeigte die Funktionsweise illegaler Märkte auf: Da finde eine Risikoverlagerung nach unten und eine Gewinnverlagerung nach oben statt, weil die "Verträge" keinen Rechtsschutz genössen. Die Verteilerorganisation basiere geradezu auf der Illegalität. Der Oekonom kam auch auf den Kostenbegriff zu sprechen. Illegale Märkte wiesen zahlreiche Zusatzkosten auf: Höhere Konsumkosten, Kosten für die Repression, die Beschaffungskriminalität und die dadurch verursachten Kosten, die Kosten des professionellen kriminellen Milieus. Oberrichter Christian Huber, Zürich, zog etliche "Dogmen" der Neuerer der Drogenpolitik in Zweifel. Er forderte im Gegensatz zu den anderen Teilnehmern, dass zuerst bewiesen werden müsse, dass die jetzige Drogenpolitik versagt habe. Jakob Tanner, Sozialhistoriker, Basel, stellte zusammen mit Albrecht die Forderung nach der Umkehr der Beweislast auf. Nationalrat Paul Rechsteiner, St. Gallen, doppelte nach: Der Beweis für das Versagen der Drogenpolitik sei erbracht. Jetzt gehe es darum, für eine humane Drogenpolitik und für die notwendigen pragmatischen Schritte einzustehen. ■



Pfuschi-Cartoon's im Auftrag der PLUS-Fachstellen, Bern.